Ausgabe für Groß-Berlin
Morgenblatt

Preis 1000 000 Mk.

Deutsche Allgemeine Zeitung

Tägliche Rundschau

Sonntag, 16. September 1923

Chefredakteur: Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW 48, Wilhelmstr. 30—32. Fernsprecher Amt Moritzplatz 4783—88, 5980—88. Postscheck-Konto Berlin 37 107 941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Bezug 8 000 000 ℳ für die Woche vom 16.—22. Sept.

In Fällen höherer Gewalt, von Betriebsstörung, von Streik oder erzwungener Einstellung des Betriebes besteht kein Anspruch auf Nachlieferung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Anzeigenpreis 700 ℳ je 33 mm breite mm-Zeile mal Schlüsselzahl. Bedarfsanzeigen werden nach besonderem Tarif berechnet.

16. 9. m 429 1000000
62. Jahrgang.

Anzeigen-Schlüsselzahl heute 12 000.

Abonnements werden nur angenommen, wenn der Besteller sich verpflichtet, etwaige während der Bezugszeit notwendig werdende Preiserhöhungen zu bezahlen.

Leerlauf in der Staatsmaschine.

Von
Rechtsanwalt **Dr. O. Franke.**

Bei den Erörterungen über die Belastung der Staatsfinanzen durch das Beamtenheer und über die Notwendigkeit eines Beamtenabbaues ist besonders zu beachten, daß ein großer Teil der Beamtenschaft — sogenannte „Leerlaufarbeiten" leistet, die eigentlich unterbleiben könnten. Dieses Kapitel ist eine Wissenschaft für sich. Hier sollen nur einige Beispiele solcher Leerlaufarbeiten angeführt werden.

Die Tätigkeit der Vormundschaftsgerichte, welche sich aus vielen Jahrtausenden von Beamten (Richtern, Rechtspflegeorganen, Sekretären, Kanzisten, Hilfsbeamten und Justizwachmeistern usw.) zusammensetzen, wird fast zur Hälfte mit den Vormundschaften über unehelliche Kinder ausgefüllt. Für letztere sind aber jetzt durchweg Berufsvormünder, also auch Beamte, bestellt, die schon durch ihre vorgesetzten Behörden überwacht werden, so daß eine nochmalige Ueberwachung durch die Vormundschaftsgerichte vollständig überflüssig ist. Es kommen Millionen von Mark gespart werden, wenn die Vormundschaftsgerichte beschränkt würden auf die Ueberwachung von Laienvormündern.

Jeder Ehescheidungsprozeß muß ein Sühneverfahren vor einem Amtsrichter vorhergehen. Diese Sühneverfahren führen fast nie zu einer Aussöhnung der Eheleute. Auch hier werden Tausende von Beamten mit nutzloser Arbeit beschäftigt.

Die Wohnungsämter haben jede Bedeutung verloren, seitdem keine Wohnungen da sind, die sie vergeben könnten. Wenn die Mieten auf ein Viertel der Friedenshöhe heraufgesetzt würden (zwecks Reparatur der zu Ruinen verfallenen Häuser), würden alle Wohnungshamsterer gezwungen sein, ihre überflüssigen Räume abzugeben, und wir hätten einen Wohnungsüberschuß wie im Frieden. Es würden zugleich die unzähligen Lappalien-Mietsprozesse bei den Amtsgerichten verschwinden, welche etwa ein Drittel der Arbeitskraft der gesamten Prozeßkosten. Hiervon kommen die völlig ungedeckten ungeheuren Kosten für den riesigen Beamtenapparat, der die Wohnungsbaudhabe in minutiöser Berechnung zunächst auf die Staaten, die Provinzen, die Gemeinden und schließlich auf die Straßen und Hauseingänge umlegt und einziehen muß. Auch hier sind Millionen von Mark vergeudet.

Dies leitet über zu der großen Zahl von Steuern, deren Verwaltung und Eintreibung mehr kostet als die Steuern selbst.

Bei der Reichsbank und Preußischen Seehandlung wird auch jetzt noch eine große Zahl von Konten, insbesondere Schuldbuchkonten, geführt, die weniger als 5000 Mark betragen. Die Verwaltungskosten für diese Konten stehen in einem ungeheueren Mißverhältnis zu der Höhe der Konten und ihrer Erträge.

Alle Staats- und Gemeindeämter ziehen auch heute noch kleinste Geldbeträge ein, bei welchen die Einziehungskosten erheblich höher sind als die Beträge selbst.

Zur Ehre unseres Beamtenstandes muß hervorgehoben werden, daß mir viele Beamte versichert haben, daß derartige unproduktive Leerlaufarbeiten sie selbst nicht befriedigen, und daß sie auch den dringenden Wunsch nach ihrer Beseitigung haben.

Die sicher um ihre Existenz ringenden deutschen Steuerzahler müssen daher erwarten, daß nutzlose Arbeiten der Beamten restlos beseitigt und die kündbaren Hilfskangestellten sofort aufgekündigt und durch unkündbare Beamte ersetzt werden. Soweit dann noch ungedeckte und unbeschäftigte Beamte übrigbleiben, müssen diese ungeschickt werden auf produktive Beschäftigungen, durch welche für die Bevölkerung neue Arbeitsgelegenheit geschaffen wird, worauf es jetzt allein ankommt.

Die Beamtengehälter.

In der letzten Woche hatte sich, wie eine Nachrichtenstelle mitteilt, innerhalb der Beamtenschaft eine erhebliche Mißstimmung darüber bemerkbar gemacht, daß trotz der starken Indexsteigerungen keine Besoldungen bewilligt worden waren. Der Reichsfinanzminister lud daraufhin zum Sonnabend die Verhandlungskommission der Spitzenverbände zu einer Besprechung ein. Es wurde von der Regierung eine sofortige Nachzahlung für die erste Septemberhälfte gefordert. Die Reichsministerien schlugen dagegen eine Regelung durch Erhöhung der Bezüge für die zweite Septemberhälfte vor.

*

Dem Gesetzentwurf über die Abschaffung der vierteljährlichen Vorschußzahlungen der Beamtengehälter hat der Reichsrat bekanntlich bereits zugestimmt, obwohl der Haushaltungsausschuß des Reichstags, Die Vorlage soll noch in diesem Monat Gesetzkraft erlangen, da der Reichsfinanzminister beabsichtigt, vom 1. Oktober ab die Gehälter nur noch monatlich zur Verausgabung anfangen zu lassen. Im Reichsfinanzministerium besteht der Plan, weiterhin Gehaltsvorschüsse gewährt werden sollen. Als Grundlage der zu errichtenden Konten sollen Festmarkbeträge eingeführt werden, die in ihrer Höhe etwa den Zulagebüchern entsprechen würden.

Markkurs in New York 0.00000090 Geld, 0.00000093 Brief; der Mittelkurs entspricht einem Dollarkurs in Berlin von 990 290 000.

Warum schweigt England zur Kanzlerrede?

Die Frage der Beteiligung an der Ruhrindustrie.

A. **London,** 15. 9. (Eigenbericht.)

Die auffallende Tatsache, daß die gesamte englische Regierungspresse es bisher sorgfältig vermieden hat, zu der letzten Rede des deutschen Reichskanzlers Stellung zu nehmen, wird in unterrichteten politischen Kreisen dahin erklärt, daß auch eine erdrückende Stellungnahme Frankreichs zu dem neuen deutschen Vorschlag bisher nicht vorliegt. Ein Teil der französischen Oeffentlichkeit und der maßgebenden politischen und wirtschaftlichen Kreise in Frankreich liebe dem Angelsot Dr. Stresemanns keineswegs ablehnend gegenüber, während ein anderer Teil noch immer an der bekannten Auffassung Poincarés festhalte. Es bestehe sich bei dieser Frage um eine **prinzipielle Entscheidung über die ganze künftige Ruhrpolitik,** und, um die allgemeine Verwirrung nicht noch zu vergrößern, sei es besser, wenn man sich auf englischer Seite nach Möglichkeit jeder Stellungnahme enthalte, solange das Kabinett nicht über die Lage beraten habe.

Man wird nicht fehlgehen, wenn man diese Erklärung dahin ergänzt, daß es sich für England um die wichtige Frage handelt, ob es dem Plane einer Beteiligung an der Ausbeutung der Ruhrindustrie in irgendeiner Form näherkommen soll oder nicht. Dieser Plan wird natürlich hinfällig, falls in Frankreich diejenigen Erörterungen die Oberhand gewinnen sollten, die bereit zu sein scheinen, auf die neuen deutschen Vorschläge einzugehen. Insofern handelt es sich allerdings um eine prinzipielle Entscheidung für die gesamte Stellung Englands zu der Ruhrfrage, und es paßt durchaus in das Bild der gesamten Londoner Politik, wenn man diese Entscheidung so lange aufschiebt, bis sich die Lage in Frankreich vollkommen geklärt hat, und besonders bis das Ergebnis der Besprechungen zwischen Baldwin und Poincaré vorliegt.

Englischerseits läßt man sich in unabhängigen politischen Kreisen natürlich nicht davon abhalten, die Vorschläge Stresemanns und die sich daraus ergebenden Möglichkeiten zu erörtern. So betont die angesehene Wochenschrift „Nation", daß der Versailler „Vertrag" nur das staatliche deutsche Eigentum als Garantie für die Schuld des Reiches bestimmt, und daß also die Behauptung Poincarés nicht richtig ist, wonach das deutsche Angebot nicht über den „Friedensvertrag" hinausgehe. **Stresemann habe tatsächlich die gesamte Wirtschaftskraft Deutschlands zur Verfügung Frankreichs gestellt** unter der einzigen Bedingung, daß der territoriale Besitzstand des Reiches, wie er durch den Vertrag festgelegt ist, gesichert bleibt. Im übrigen glaubt die „Nation" nicht, daß auch nur die geringsten Aussichten darauf bestehen, daß Poincaré den deutschen Vorschlag als einen Erlaß für die Ruhrbesetzung annehmen wird.

Da das Blatt mit dieser Meinung aller Wahrscheinlichkeit nach das Richtige trifft, dürfte also die amtliche Londoner Stellung auch hinsichtlich der Beteiligungsfrage bald genügend geklärt sein, und dann wird auch die englische Regierungspresse ihre Sprache widerstehen.

Poincaré gibt sein Programm für die heutige Sonntagsrede bekannt.

Paris, 15. 9. (W. T. B.) Havas verbreitet folgende Mitteilung: Ein Morgenblatt — gemeint ist das „Echo de Paris" — hat gemeldet, daß Poincaré in seiner morgigen Rede im Maas-Departement mitteilen würde, unter welchen Bedingungen Frankreich bereit ist, mit Deutschland zu verhandeln. Es trifft zu, daß er in seiner Rede die Reparationsfrage behandeln wird. Er wird auch seine Auffassung hinsichtlich der Sicherheitsfrage auseinandersetzen und dabei insbesondere seine Meinung über die von Frankreich vorgesehenen Garantiepakte äußern. Allgemein gesprochen läßt sich seine Kundgebung in die Worte zusammenfassen: „Wir werden um einer Taube auf dem Dache willen den Sperling in der Hand nicht fahren lassen!"

Drei Faschistenlegionen für Tripolis.

Rom, 15. 9. Der „Corriere d'Italia" meldet, daß drei Legionen der faschistischen Miliz, eine aus Sizilien, eine aus Neapel und eine aus der Sardegna, nach Tripolis abgehen werden. Zum ersten Male wird damit die faschistische Miliz mit der regulären Armee zusammentreten.

D'Annunzios Generalsekretär verhaftet.

Rom, 15. 9. Aus Florenz wird gemeldet, daß der Hauptmann Coldebi, der Generalsekretär der d'Annunzio-Vereinigung, der eine Reihe von Vorträgen halten sollte, um den 4. Jahrestag des Marsches der Legionäre d'Annunzios nach Fiume zu feiern, verhaftet wurde. Coldebi erhob beim Innenministerium gegen seine Verhaftung Protest, worauf Mussolini ihm den Befehl erteilte, in Florenz zu bleiben, bis er neue Weisungen erhalten würde.

Die ukrainische Agrarrevolution wird fortgesetzt.

Moskau, 14. 9. (Russische Telegraphenagentur.) Das Ukrainische Zentral-Exekutivkomitee hat beschlossen, daß einige landwirtschaftliche Land aller früheren Großrussischen Gouvernements gegen seine Verhaftung Protest, worauf Mussolini ihm den Befehl erteilte, in Florenz zu bleiben, bis er neue Weisungen erhalten würde.

Die ukrainische Agrarrevolution wird fortgesetzt.

Moskau, 14. 9. (Russische Telegraphenagentur.) Das Ukrainische Zentral-Exekutivkomitee hat beschlossen, daß einige landwirtschaftliche Land aller früheren Großrussischen Gouvernements gegen seine Verhaftung Protest, worauf Mussolini ihm den Befehl erteilte, in Florenz zu bleiben, bis er neue Weisungen erhalten würde.

Schweres Flugzeugunglück in England.

London, 15. 9. (T. U.) Auf der Fahrt von Croydon nach Manchester stürzte gestern bei Hedgeson ein Daimler-Eiffler des regelmäßigen Passagierdienstes ab. Drei Passagiere, darunter eine Frau und zwei Piloten, wurden getötet. Die Ursache des Unglücks ist bis jetzt unbekannt.

Der spanische Diktator Herr der Lage.

Indifferenz der Bevölkerung. — Skepsis in Frankreich.

S. **Paris,** 15. 9. (Eigenbericht.)

Nach den heute abend hier vorliegenden Meldungen ist General de Rivera, nachdem er seit heute mittag vom König mit der Neubildung des Kabinetts endgültig beauftragt wurde, völlig Herr der Lage. Auffallend ist nur, wie indifferent das ganze Land sich der Bewegung gegenüber hält; namentlich die Bevölkerung von Madrid erscheint völlig teilnahmslos. Die französische Presse schreibt indessen im Laufe der nächsten Tage mit größerem Schwierigkeiten sowohl in der Armee wie in weiten Kreisen der spanischen Zivilbevölkerung. Ein großer Teil der spanischen Offiziere fühle sich durch de Rivera zurückgesetzt. In Biskaya befürchte man den Ausbruch des Generalstreiks. Sozialisten und Gewerkschaften beschlossen nach einer „Temps"-Meldung angeblich den Generalstreik für den Augenblick, in dem die Anhänger de Riveras tatsächlich die Macht übernehmen. Außer de Rivera leiten die Bewegung besonders noch die vier folgenden Generale: der Chef des Militärkabinetts des Königs General Saoleanti, der Kommandeur der Infanteriedivision in Madrid Saro, der Bruder des früheren Oberkommissars in Marokko Friedrich Berenguer und der Kommandeur der Madrider Kavalleriedivision Dabon.

De Rivera ist seiner Sache, wie es heißt, angeblich jetzt völlig sicher. Darüber eine kleine Auctkote: In der Freitag Nacht wurde er in Barcelona von Kriegsminister angerufen, der ihn persönlich für abgesetzt erklärte, worauf de Rivera dem Minister erwiderte, daß die Sache sich gerade umgekehrt verhalte, und er jetzt die Minister abgesetzen habe. Tatsächlich trat dann auch der Kriegsminister mit dem gesamten Kabinett wenige Minuten später zurück.

In den Kreisen und konservativen Kreisen Frankreichs ist man der ganzen Bewegung nicht mehr so gewogen wie anfangs. Das „Journal des Débats" macht sich zum Sprachrohr dieser Kreise und schreibt recht kleinlich: „Wir sind bereits nicht mehr sicher, daß Militärrede als Morgenröte der Wiederherstellung der Ordnung Spaniens zu begrüßen."

Konferenz ehemaliger Ministerpräsidenten beim Papst.

Paris, 15. 9. (W. T. B.) Nach einer Havasmeldung aus Madrid wird dort morgen der ehemalige Ministerpräsident Graf Romanones eintreffen. Gleichzeitig wird aus San Sebastian gemeldet, daß Romanones dort bei der Durchfahrt den Journalisten erklärt habe, er halte es unter den obwaltenden Umständen für seine Pflicht, sich zum König zu begeben und an seiner Seite zu bleiben. Auch die ehemaligen Ministerpräsidenten Marquis de Lema und Sanchez Guerra sowie der ehemalige Ministerpräsident Gasset seien nach Madrid abgereist.

*

Der Königlich Spanische Botschafter Soler y Guardiola hat Berlin verlassen. Während seiner Abwesenheit führt der Botschaftsrat Herr Herrera de Cordova die Geschäfte der Botschaft.

Verlängerung des italienischen Ultimatums an Serbien.

London, 15. 9. Reuter meldet: Die Frist des italienischen Ultimatums an Jugoslawien ist verlängert worden. Die Verhandlungen dauern an; der Wortlaut der neuen italienischen Vorschläge, deren Charakter nicht bekannt ist, an.

Die Kohlenförderung „Rhein-Elbe" in französische Regie?

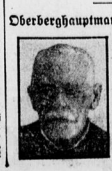
Verhaftung leitender Beamter.

th. **Gelsenkirchen,** 15. 9. (Eigenbericht.)

Die Franzosen fahren fort, auf der Zeche Rhein-Elbe die Kohlenförderung an sich zu reißen. Gestern abend traf eine Mitteilung der Bergbehörde ein, daß die Bergbeamten und bei einem Teil der in Steigerstellen tätigen Bergarbeiter ein, daß sie in kürzester Frist ihre Wohnungen räumen müssen. Diese Nachricht rief unter den von diesem Befehl Betroffenen, etwa 250 Familien, größte Beunruhigung hervor. Die Franzosen beschlagnahmen das Anfuhrgleis, französischer Ingenieure, auch auf der Zeche Rhein-Elbe, deren Kokerei bekanntlich schon von ihnen in Besitz genommen ist, nunmehr auch die Kohlenförderung in ihre Regie zu nehmen. Die Sollen dann durch den Umland bestimmt werden. Die Zeche Rhein-Elbe, deren betrieb nützen Kohlen von den Zechen aus dem Gladbecker Bezirk herangeholt werden müssen, weil die Zeche Rhein-Elbe ihre Kokerei wieder in Gang gesetzt hat, ein Minimum zusammengeschmolzen sind. Die Franzosen würden damit einen der größten Fischereibetriebe im Gelsenkirchener Bezirk in ihre Regie übernehmen.

Heute morgen verhafteten die Franzosen auf der Zeche Consolidation die Betriebsleiter der Schachtanlagen II und III, den Betriebsdirektor der Schachtanlage I und einen Werkführer. Die Lage nach anderen leitenden Beamten war erfolglos. Als nachmittags 2 Uhr wurden Zechenbeamten die Zeche verlassen, wurde bekannt, daß ihnen wurde eine große Anzahl Spritzkäste und Pläne beschlagnahmt. Die Belegschaft trat in einen 24stündigen Streik für 24. Die Verhaftungen stehen damit im Zusammenhang, daß die Kohlenhalden auf der Zeche Consolidation verschwunden sind.

Oberbergbauhauptmann von Velsen †.



Der frühere Oberbergbauhauptmann und Ministerialdirektor im preußischen Handelsministerium Wirklicher Geheimer Rat von Velsen ist, wie wir gemeldet haben, in Zehlendorf-West im 76. Lebensjahre gestorben. Seinem Wirken verdankt der preußische Bergbau zahlreiche Anregungen und Fortschritte.

Gewaltherrschaft.

Eisenbahner und Abwehrkampf.

Widerstand, bis Freiheit und Bestand des Reiches gesichert ist.

th. **Essen,** 15. 9. (Eigenbericht.)

Gegenüber den Gerüchten, nach denen die Eisenbahner beabsichtigen, den passiven Widerstand aufzugeben, erklärt die Generaldirektion, daß eine Erklärung, in der festgestellt wird, daß keine Eisenbahnergewerkschaft an die Aufgabe des passiven Widerstandes denkt, im Gegenteil, die Gewerkschaften der Eisenbahner erklären in Gegenwart von Vertretern der Eisenbahndirektion, daß sie am passiven Widerstand festhalten werden, bis durch Verhandlungen die Freiheit und der Bestand des Reiches gesichert ist.

Neue Blutopfer.

Münster, 15. 9. (Mtb.) Auf dem Gebiet der Gemeinden Remscheid und Lüttringhausen gaben in der Nacht zum 14. September französische Soldaten mehrere Schüsse, angeblich auf Schmuggler, ab, durch die einige Personen schwer verletzt wurden.

Massenverhaftungen in Aaugel.

th. **Aaugel,** 15. 9. (Eigenbericht.) Heute morgen wurden die Bergleute, die sich in französische Dienste gestellt haben, gesühnt, und zwar mit bereits entwertetem und aus dem Verkehr gezogenen Notgeld. Natürlich weigerten sich die Kaufleute der Stadt, das Geld anzunehmen. Nach erfolglosen Drohungen durch die Franzosen wurde ein großer Teil der Kaufmannschaft in Aaugel verhaftet, außerdem mehrere Hebenbeamte, wahrscheinlich im Zusammenhang damit, daß der französische Gerichtsbeirat auf den Schachtanlagen Jäger und Victor ein großes Fiasko erlitten hat.

Massenvertreibung von Eisenbahnern

Aus dem Ruhrgebiet, 15. 9. (W. T. B.) Aus Oberhausen wurden heute 20 Eisenbahner mit Familien, zusammen 87 Personen ausgewiesen. Aus Duisburg wurden am 14. September weitere 141 Eisenbahner mit Familien vertrieben. In Dortmund wurden 9 Eisenbahnbeamte von den Franzosen besitzlos und ausgewiesen.

Französischer Ministerbesuch im Ruhrgebiet.

Paris, 15. 9. (W. T. B.) Der Minister für öffentliche Arbeiten reist morgen ins Ruhrgebiet. Er gedenkt, sich drei bis vier Tage aufzuhalten und die in die französische Hand übernommenen Kokereien und Zechen zu besichtigen.

Fortgesetzter Milliardenraub.

Gemäß der bisherigen Militärpolizei beschlagnahmten am 6. September bei der Reichsbankhauptstelle Zülich 136 847 750 000 Mark, bei der Nebenstelle Homberg (Niederrhein) am 7. September 610 000 000 Mk. ohne Quittung fortgenommen. Außer den bereits gemeldeten „Beschlagnahmungen" der Belgier am 3. d. M. die der Rückgewinnung des Bahnkommens mit den Banken unmittelbar folgten, wurden in der Reichsbanknebenstelle Neuß 63 142 850 000 Mark in Reichsbanknoten und 1 300 295 000 Mark Notgeld fortgenommen.

In einer Bochumer Wirtschaft nahmen die Franzosen zwanzig Milliarden dort zur Ausgabe bestimmter Eisenbahnfahrscheine. In Mülheim (Ruhr) wurden acht Eisenbahner, die Lohngelder abholen wollten, von den Franzosen festgenommen. Weitere Eisenbahner, die danach mit der Abholung beauftragt wurden, wurden ebenfalls festgenommen und ihnen vierundzwanzig Milliarden Lohngelder abgenommen.

Die Franzosen fahren fort, für die Eisenbahnbeamten bestimmte Gelder wegzunehmen. In Koblenz wurden 75 Milliarden fortgenommen, und bei dieser Gelegenheit zwei Bediensteten verhaftet.

Wüster Terror.

Die durch französische Treiberei begünstigten Unruhen, die im Ruhrgebiet Ende August, Anfang September ausgebrochen waren, sind nach der bekannten Erinnerung der unsere damaligen ausführlichen Berichte verfolgt hat. Ueber die Methoden, welche teilweise von den linksradikalen Schichten der Bevölkerung angewandt wurden, erhalten ein nachträglich ergänzende Schilderungen, die ein erschreckendes Licht auf die Roheit und Gewissenlosigkeit dieser Machenschaften werfen.

So lief beim Amtsgericht Gelsenkirchen am 31. August von der Grube Hagenbeck die schriftliche Mitteilung ein, daß dort ein Brand angelegt worden sei. Genauere war aus der Mitteilung nicht zu ersehen. Deshalb ging Inspektor vom Bruch mit dem Bergreviebeamten Bergrat Zix zur Zeche, um sich persönlich über den Umfang der Gefahr zu informieren. Kaum war die Zeche betreten, als die Arbeiter die Tore schlossen und die Steine in Zaffelt setzten. Es kam zu wilden Auftritten. Die in Massen herbeieilenden Leute verlangten lärmend, unbedingt müsse ihnen sie mit Aufhängen. Die beiden Beamten kamen hart ins Gedränge. Erst nach Stunden hatten sich die Leute so weit beruhigt, daß sie die Anfahrt gestatteten. Der Brand selbst war nicht gefährlich. Es waren — fahrlässig oder vorsätzlich — in einem Durchschlag aufgeschichtete Kohlen in Brand gesetzt worden. In den gleichen Tagen kamen wirkliche Plünderungen vor; die Polizeiliche Polizei mußte zwanzig Mann verhaften.

In den folgenden Tagen ereigneten sich weitere Ausschreitungen auf der Zeche Hagenbeck. In den Räumen der Verwaltung wurde, was nicht niet- und nagelfest war, zerstört. Photographische Aufnahmen der bemolierten Räume zeigen Bilder ärgster Verwüstung. Auch gestohlen wurde in erschreckem Maße. Infolgedessen wurde die Zeche am 4. von Polizei besetzt. Nun setzten die Aufschreibereien der Arbeiter wieder durch Terror an der Ausübung ihrer Pflicht verhindert. Infolgedessen mußten Dermie die Aufsichtsbeamten übernehmen. — Erst nach mehreren Tagen trat Beruhigung ein, so daß die Arbeit wieder aufgenommen wurde.

Warschau, 15. 9. (W. T. B.) Der Präsident der Bank für Landwirtschaft, Andreas Kolowitz, ist zum Eisenbahnminister ernannt worden.

Roggengeld.

Eine Zwischenlösung.

Uebergangswährung bis zum Schluß des Erntejahres wird, wie von zuständiger Seite verlautet, nach einem einstimmig gefaßten Kabinettsbeschluß die Helfferische Roggenwährung eingeführt werden. Es handelt sich um eine Zwischenlösung. Nach dem Schluß des Erntejahres soll diese Währung gegen das Zahlungsmittel der Goldwirtschaft eingetauscht werden.

Wie notwendig die schleunige Schaffung eines wertbeständigen Zahlungsmittels ist, zeigt die nachstehende Mitteilung:

wz. **Stettin,** 15. 9. (Eigenbericht.) In Greifenhagen fand eine außerordentliche Generalversammlung der Landwirtschaftlichen Kreisgenossenschaft statt, in der ein eines Zusammenziehen mit dem Landbunde beschlossen wurde, der versuchen wird, an Hand einer neu zu schaffenden Kreisregierung während die gesamte Getreideproduktion des Kreises zu erfassen und durch Vermittlung der Kreisgenossenschaft umsetzen zu lassen. Es handelt sich um einen Plan des Landbundes, Roggenwährungsschecke in Abschnitten zu je 1, 5, 10, 25, 100 und 1000 Pfund Roggen auszugeben. Von dem Tage der Ausgabe ab soll dann im Kreise Greifenhagen nur noch mit dieser neuen wertbeständigen Währung gerechnet werden.

Der Streit um die Gesetzmäßigkeit einer solchen „Selbsthilfe" wird man am einfachsten durch die Ausgabe des Reichs-Roggengeldes vermeiden.

Gesängnis für Steuersabotage.

Wie wir erfahren, wird eine Verordnung der Reichsregierung erscheinen, die die Aufforderung zur Verweigerung der Steuerzahlung sowie die Aufforderung zur Zurückhaltung von Lebensmitteln unter Gefängnisstrafe rennen.

Die neuen Kohlenpreise in Goldmark.

Vom 14. d. M. ab hat der Reichskohlenverband und der große Ausschuß des Reichskohlenrats über die Erhöhung der Kohlenpreise beraten, die durch die außerordentliche Steigerung der Materialpreise und der Lebensbedarfsgegenstände, die eine entsprechende Lohnerhöhung erforderlich machten, nötig wurden. Die beschlossenen Erhöhungen sind von dem Reichswirtschaftsminister bereits genehmigt worden. Die neuen Preise gelten mit Wirkung ab 17. d. M. Vom gleichen Tage ab werden die Kohlenpreise nicht mehr in Papiermark, sondern in Goldmark berechnet. Erfolgt die Zahlung in Papiermark, so werden die Papiermarkbeträge nach der amtlichen Dollarnotierung an der Berliner Börse (Mittelkurs) umgerechnet. Es wird ein Dollar gleich 4,20 Mark) am Tage nach Zahlungseingang in Goldmark umgerechnet.

Aus den ab 17. d. M. geltenden Preisen seien den Gruben im Ruhrrevier für eine Tonne Fettförderkohle 19,26 Goldmark, in Oberschlesien für eine Tonne im Durchschnitt aller Sorten 15,86 Goldmark, in Sachsen 17,66 Goldmark, in Sachsen 20,30 Goldmark, in Niederschlesien 17,25 Goldmark, in Mitteldeutschland 17,16 Goldmark, in Oberbayern 10,45 Goldmark. Die Verkaufspreise, die die Verbraucher zu bezahlen haben, erhöhen sich um den Betrag der Kohlensteuer, Umsatzsteuer, den Betrag für den Bergarbeiterwohnungsbau und den Aufschlag für den Handel. Sie betragen z. B. für eine Tonne Ruhrtrefferförderkohle 28,08 Goldmark, während die im Durchschnitt aller Sorten in Oberschlesien 19,81, Niederschlesien 23,28, Sachsen 27,59, Mitteldeutschland 24,68 Goldmark ausmacht. Hiernach stellt sich der Verkaufspreis für eine Tonne oberschlesische Flammstückkohle auf 22,03 Goldmark, für niederschlesische Nuß (I), gewaschen — Nüsse (II) — 27,14 Goldmark, schlesischer Stückkoks auf 30,19 Goldmark, niederschlesischer Gießereiskoks auf 42,48 Goldmark, Ruhrfettförderkohle 28,08 Goldmark, Ruhrstückkohle 37,21 Goldmark, Ruhrnußkohle I 41,01 Goldmark, mitteldeutsche und ostelbische Braunkohlenbriketts 14,58 Goldmark.

Die freie Miete in Industriehäusern.

Auf Einladung des Wohlfahrtsministeriums hat Sonnabend, wie wir erfahren, eine Konferenz stattgefunden, an der Vertreter des Verbandes der Geschäfts- und Industriehausbesitzer, der in Frage kommenden Mieterschaft und der Berliner Hausbesitzer teilgenommen haben. Die Aussprache drehte sich um die unter dem 4. August vom Wohlfahrtsminister erlassenen Ausführungsbestimmungen zum Mieterschutzgesetz, wonach die Mietsäume in Gebäuden, die ausschließlich gewerblichen, beruflichen oder industriellen Zwecken dienen, von dem Schutz, den das Reichsmietengesetz den Mietern gewährt, ausgeschlossen sein sollen. Wie aus dem Kreis der Verhandlungen ersichtlich war, ist man infolge der veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse regierungsseitig geneigt, den Erlaß in milderer Form zurückzuziehen. Es wurde ein Ausschuß gewählt, der am nächsten Dienstag zusammentritt.

Amerikanischer Funkdienst.

New York, Devisen- u. Geldmarkt.

	15. 9.	14. 9.		15. 9.	14. 9.
Tägl. Geld	4	51 %	Brüssel	4.85	4.85
Berlin	0.0000090 B	0.000001 B	Amsterdam	39,50	39,27
	0.0000093 G	0.000001 G	Zürich	17,78	17,78
Wien	0.0000	0.000001	Kopenh.	17,92	17,94
Budapest	—,—	0.000001	Stockholm	26,90	26,90
London	4,54		Oslo	4,45	4,45
Kabel T.	4,54,25	4,54,25	Madrid	13,37	
Lond. Sicht	4,51,25	4,51,25	Wien		
Paris	5,87	5,85	Prag	641	644

New York, Produktenmarkt.

	15. 9.	14. 9.		15. 9.	14. 9.
Kaffee Santos	15. 9.	14. 9.	Brem	25,50	25,50
Okt.	8,87	8,90	Weizenschmalz	5,62	5,62
Dezbr.	8,17	8,20	Schmalz	13,25	13,15
März	7,70	7,73	Talg	6	6
Mai	7,51	7,53	Bw. Kupfer	11,40	11,30
Juli	7,38	7,43	Okt.	11,45	11,24
Baumwolle	28,30	28,20	Petroleum	15,40	15,40
Sept.	27,95	27,72	Tanks	5,50	5,50
Okt.	27,92	27,72	Stand wh.	12,50	12,50
Dez.	27,75	27,50	Chic. Mais	3,00	3,00
Jan.	27,65	27,38	Rohzucker	6,65	6,65
Luftpr.	30 000	38 000	Terpentin	1,01	1,02
Kupfer	—,—	13	Zucker	0,95	0,95
Blei	6,92	6,92	Baumw. N.Orl.	27,50	27,50
Zinn	6,47	6,47			

	15. 9.	14. 9.		15. 9.	14. 9.
Weizen, rot	113	113	Mehl, Sp.	5,00-5,50	5,00-5,50
Kartoffeln	115	116	Getreide, Chic.	1 sh 6 d	1 sh 6 d
Mais a. Frach	101½	100½	Kaffee	8 ctg.	8 ctg.

Auswärtige Politik.

Korfu und Fiume. — Das neue Italien. — Frankreichs elastische Politik. — Die Generalsrevolte in Spanien.

Ueber Nacht hat die Energie Mussolinis sein Land in den Vordergrund der Weltpolitik geschoben. Und gleich in doppelter Hinsicht. Seine Kraftsätze mit Griechenland wie mit Jugoslawien bedeuten beide eine ernste Gefahr für den Frieden. Wenn man auch hoffen darf, daß Korfu von Italien in nächster Zeit — man meldet den 27. September — geräumt werden soll, wodurch dem Konflikt mit Griechenland seine gefährlichste Spitze genommen wäre, so ist auch hier Skepsis gut. Zudem aber wäre eine gleich schnelle Erledigung der Fiume-Frage leider nicht zu erwarten. Hier liegen die Dinge komplizierter, und die italienische Nationalismus gibt der Sache ein ernsteres Gesicht.

Fiume gehört zu den Städten, die im Londoner Vertrage vom 26. April 1915, durch den sich Italien zum Eintritt in den Krieg verpflichtete, von der Entente als Zuhaßs für den noch zu gründenden südslawischen Staat vorgesehen waren. Allein als die Mittelmächte vorwärtsmachten, erklärte sich Fiume für den Anschluß an Italien. Die Entente lehnte diese Lösung ab, was natürlich in Italien sehr verstimmte. Es gelang schließlich der italienischen Politik, durchzusetzen, daß Fiume nicht an Jugoslawien fiel, sondern in einen sogenannten „Freistaat" — etwa nach dem Muster Danzigs — verwandelt wurde. Im September 1919 überfiel dann plötzlich d'Annunzio die Stadt, um sie für Italien zu annektieren. Nach langem Hin und Her übervoies schließlich die Entente die „endgültige" Regelung der Zukunft Fiumes den beiden miteinander rivalisierenden Mächten, die sich endlich im November 1920 dahin einigten, Fiume als unabhängigen Staat anzuerkennen. Ende Dezember 1920 jag d'Annunzio endlich ab. Allein auch dieser Rapallo abgeschlossene Vertrag schuf nichts Endgültiges. Die Partei der Annonmisten wurde, obwohl in der Mehrheit, von der rührigen aktivistischen Partei hart bedrängt, und ihr führer Zanella, der zum Präsidenten des Freistaats gewählt war, mußte vor den Attisten weichen und Fiume verlassen. Die einzigen Streitigkeiten waren für das Wirtschaftsleben der geplagten Stadt deshalb so verhängnisvoll, weil Jugoslawien die Eisenbahnverbindung Fiumes mit dem Hinterlande dauernd gesperrt hielt, wodurch der nunmehr völlig in der Luft hängende Handel des kleinen Stadtstaates schwer geschädigt wurde. Man sah sich schließlich zu einem Zusatzabkommen zum Rapallovertrag genötigt, das einer gemischten Kommission die Aufgabe zuwies, die Grenzen endgültig festzusetzen und vor allem den Verkehr Fiumes mit dem serbischen Hinterland zu regeln. Dieses Abkommen von Santa Margherita, das am Oktober 1922 abgeschlossen und im folgenden Februar von Italien ratifiziert wurde, hat bisher nichts an den verworrenen Zuständen Fiumes geändert. Die Kommissionsarbeiten sind bisher ergebnislos verlaufen. In Jugoslawien wurde man, ernstlich vorangehen. Mussolini verlangte Anfang August 1923, daß bis Ende August die Arbeit der Kommission abgeschlossen sein sollte, und zwar auf Grund von italienischen Vorschlägen, die man in Belgrad als die nur schlecht verhüllte Vorbereitung zur Annexion Fiumes auffaßte. Belgrad machte Gegenvorschläge, die aber Mussolini am 1. September mit dem Abbruch der Kommissionsarbeiten und der Absendung eines Ultimatums beantwortete, das auf den 15. September befristet ist. Zwar sieht der Napoleonerzug ausdrücklich vor, daß bei Ergebnislosigkeit der Verhandlungen beider Staaten der Bundespräsident der Schweiz den Streit durch Schiedsspruch zu schlichten habe. Allein Mussolini hatte bereits bei Stellung seines Ultimatums erklärt, er behalte sich nach dem 15. September „volle Handlungsfreiheit" vor. Zugleich wurde dem schweizerischen